

15.09.2005

Kleine Anfrage 135

der Abgeordneten Britta Altenkamp, Annegret Krauskopf, Marlies Stotz und Wolfgang Jörg
SPD

Partizipation bei der Weiterentwicklung der Angebotsstruktur im Bereich der Tageseinrichtungen in NRW

Wesentliche Bestandteile der Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Förderangebote von Kindern und ihren Familien durch Tageseinrichtungen waren bisher neben den parlamentarischen Beratungen bei Landtagsanhörungen die Beteiligung der Trägerverbände in der so genannten "Steuerungsgruppe", sowie die als gleichwertig angesehenen Säulen der Beteiligung von Erzieher- und Familienverbänden, sowie von Gewerkschaften in der "Ergänzungsgruppe", aber auch in der dritten Säule die so genannten fachpolitischen Diskurse, zu denen alle Beteiligten in der Praxis eingeladen wurden. Wenn auch dieses Instrumentarium u. a. durch das Forum Förderung von Kindern, in dem sich über 20 landesweit tätige Organisationen zusammengeschlossen haben, als unzulänglich angesehen wurde, zumal damit nicht die unmittelbaren Erfahrungen aus der Praxis einfließen konnten, so ist derzeit einerseits nicht zu erkennen wie dieser Prozess fortgesetzt werden soll. Andererseits scheint sich aus der bisherigen Praxis eher ein sehr restriktives Umgehen abzuzeichnen. Die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Verbändevertretern soll nicht als Steuerungsgruppe, sondern als ständige Arbeitsgruppe erfolgen. Da derzeit bereits Konzeptionsüberlegungen zu Familienzentren, der Einschulung Fünfjähriger, dem Ausbau der Sprachförderung und der Verbesserung der Qualität der Offenen Ganztagschule bekannt wurden, stellt sich die Frage, aus welchen Gründen gerade bei der Konzipierung nicht der Kontakt mit der Praxis gesucht wird.

Diese Frage stellt sich, zumal in dem Koalitionsvertrag für die Landespolitik in NRW in verschiedenen Zusammenhängen mehr Beteiligung nicht nur als notwendig, sondern als Voraussetzung für das politische Handeln bezeichnet wurde. Beispielsweise:

"Wir vertrauen auf die Fähigkeiten der Menschen statt auf die Regulierung durch Staat und Bürokratie."

"Wir vertrauen auf Bildung, Wissen und Forschung, damit jeder sein Bestes geben kann, statt alle dem Mittelmaß zu überlassen."

Datum des Originals: 15.09.2005/Ausgegeben: 19.09.2005

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

"Wir wollen in Nordrhein-Westfalen eine politische Kultur der Selbstbestimmung, der Selbstständigkeit und des Vertrauens schaffen. Ein wichtiges Ziel der Koalition der Mitte ist die Beseitigung von Überregulierungen und unnötiger Bürokratie. Sie entmündigen die Menschen. Sie beeinträchtigen die Kreativität, die Neugier, die unternehmerische Findigkeit, die Lust zur Innovation und das solidarische Handeln der Menschen."

oder im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Förderungssystems in NRW:

"Wir entwickeln ein vereinfachtes und gerechteres Finanzierungssystem für Kindertageseinrichtungen im Dialog mit Verbänden, Trägern und Beschäftigten."

Angesichts dieser Ansprüche fragen wir die Landesregierung:

1. In welcher Form werden die Beteiligten im Arbeitsfeld der Tageseinrichtungen für Kinder (Eltern, pädagogischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, Fachberaterinnen und Fachberater, Zusammenschlüsse von Fachkräften, Eltern, Jugend- und Familienverbänden, Gewerkschaften) bei der weiteren Ausgestaltung und Weiterentwicklung beteiligt?
2. Ist die Fortsetzung der öffentlichen fachpolitischen Diskurse vorgesehen, um Anregungen aus der vielfältigen Praxis in NRW aufzunehmen?
3. Ist die Förderung der Struktur von Zusammenschlüssen, z. B. des Landeselternrates, vorgesehen, damit sich dieser kontinuierlich an dem Beratungsprozess beteiligen kann?
4. Mit welchen Beteiligten werden die in der Koalitionsvereinbarung genannten Schwerpunkte der Weiterentwicklung des Arbeitsfeldes beraten (z. B. Familienzentren, Sprachförderung, Bildungsauftrag der Tageseinrichtungen, Veränderung der Einschulungsregelung, Schulbezirke), bevor politische Festlegungen zur Umsetzung erfolgen?

Britta Altenkamp
Annegret Krauskopf
Marlies Stotz
Wolfgang Jörg